

HANS KELSEN

Staatsform und Weltanschauung

*Recht und Staat
in Geschichte und Gegenwart*
96

Mohr Siebeck

RECHT UND STAAT
IN GESCHICHTE UND GEGENWART
EINE SAMMLUNG VON VORTRAGEN UND SCHRIFTEN AUS
DEM GEBIET DER GESAMTEN STAATSWISSENSCHAFTEN

96

STAATSFORM
UND
WELTANSCHAUUNG

VON

HANS Kelsen



1 9 3 3

VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
TÜBINGEN

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Druck von H. L a u p p jr in Tübingen

eISBN 978-3-16-170070-5 unveränderte eBook-Ausgabe 2025

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Der politische Gegensatz	5
II. Der Zusammenhang von politischer und philosophischer Problematik	7
III. Die Idee und der Charaktertypus der beiden politischen Grundformen	10
IV. Der Gegensatz zwischen dem Primat des Erkennens und dem Primat des Wollens	13
V. Rationalismus und Ideologie	15
VI. Das Führerproblem	18
VII. Die außenpolitische Haltung	21
VIII. Die demokratische und die autokratische Staatstheorie	22
IX. Der Gegensatz der Weltanschauungen	24
X. Ein Symbol des Gegensatzes	29

Literarische Hinweise.

Man vergleiche:

Zur ganzen Schrift: *Kelsen*, Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Aufl. 1929.

Zu Kapitel III u. VI: *Freud*, Massenpsychologie und Ichanalyse. 1921. — *Freud*, Das Unbehagen in der Kultur, 1930. — *Müller-Freienfels*, Persönlichkeit und Weltanschauung, 2. Aufl. 1920. — *Petrasovicz*, Weltanschauung und Staatsform, Wien 1930.

Zu Kapitel IX: *Frischeisen-Köhler* und *Moog*, Die Philosophie der Neuzeit bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts (Überwegs Grundriß der Geschichte der Philosophie, III. Teil), 1924, Seite 27. — *Menzel*, Demokratie und Weltanschauung (Zeitschrift für öffentliches Recht, II. Band Seite 701).

I.

Das politische Ideal des 19. Jahrhunderts war — seit der großen französischen Revolution — die Demokratie. Gewiß gab es auch im abendländischen Kulturkreis nicht unerhebliche Kräfte, die für die Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzipes wirkten. Aber sie galten als reaktionär. In die Zukunft wies der Gedanke des Volksstaates. Ihm flogen die Herzen aller derer zu, die an den Fortschritt glaubten, die eine Höherentwicklung des gesellschaftlichen Lebens wollten. Für diese Idee kämpfte vor allem das junge, emporsteigende Bürgertum.

Das ist im 20. Jahrhundert — seit dem großen Kriege — anders geworden. Der hat zwar zunächst die Verwirklichung des demokratischen Prinzipes ganz außerordentlich nach vorwärts getrieben. Die neu entstandenen Staaten gaben sich demokratische Verfassungen, das Deutsche Reich, eine der letzten gewaltigen Bastionen der Monarchie, wurde Republik. Aber zugleich setzt — mit der Errichtung der russischen Sowjetunion und des faschistischen Staates in Italien — eine neue politische und geistige Bewegung ein, die sich direkt und auf das energischste gegen die Demokratie richtet. Deren Ideal verblaßt; und an dem dunklen Horizont unserer Zeit steigt ein neues Gestirn auf, dem sich die Hoffnung nicht nur des Bürgertums, sondern auch eines Teils der proletarischen Massen um so gläubiger zuwendet, je blutiger sein Glanz über ihnen leuchtet: die Diktatur.

Da hier nicht der leidenschaftliche Aufruf der Politik, son-

dern nur die kühle Sprache der Wissenschaft laut werden soll, kann es die Absicht der folgenden Untersuchung nicht sein, zwischen diesen beiden so entgegengesetzten Idealen willensmäßig zu entscheiden, sondern nur sie erkenntnismäßig zu unterscheiden. Es gilt nicht, die eine oder die andere der beiden Grundformen staatlicher, ja gesellschaftlicher Bildung überhaupt zu verteidigen oder anzugreifen, es gilt beide zu verstehen, ihr Wesen, d. h. aber sie selbst an ihrer Wurzel zu erfassen. Dazu genügt jedoch nicht, die äußeren Tatbestände zu beschreiben, in denen sich die beiden gegensätzlichen Organisationsprinzipien der Demokratie und der Autokratie typischerweise manifestieren. Denn wenn man sieht, daß die ganze Geschichte der Menschheit, als Geschichte der menschlichen Organisation betrachtet, nur ein ewiges Ringen ist zwischen dem Herrschaftswillen eines Einzelnen, sich die anderen, die Vielen, zu unterwerfen, und dem Streben dieser Vielen, sich von der Fremdherrschaft zu befreien, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, wenn man erkennt, daß in der die reale historische Bewegung begleitenden Geschichte des Geistes — und in der Tat: über den auf der Erde um die Macht kämpfenden Menschen streiten (in den Lüften gleichsam) ihre Ideen und Ideologien — wenn man erkennt, daß in der Geistesgeschichte der Streit um den Wert von Demokratie und Autokratie nicht minder unentschieden ist, daß er auch hier immer wieder vom neuen begonnen, bald für die eine, bald für die andere immer wieder verloren und immer wieder gewonnen werden muß: dann wird man der Ansicht zuneigen, daß es sich — den Kämpfenden zumindest — nicht um ein bloß sozial-technisches Problem, daß es sich um mehr als um zwei verschiedene Organisationsmethoden handelt. Zu auffällig ist die Parallele, die zwischen der politischen und der philosophischen Problematik besteht.

II.

Daß Staats- oder Gesellschaftstheorie und Ethik in den innigsten Beziehungen stehen, ist nicht zu verwundern. Denn im Grunde genommen sind beide voneinander gar nicht zu trennen, jene nur ein Teilgebiet dieser. Bedeutsamer dagegen ist die weitgehende Analogie, die zwischen staats- oder gesellschaftstheoretischer und erkenntnistheoretischer Einstellung besteht. Der Kern alles ethisch-politischen Räsonnements ist das Verhältnis von Herrschaftssubjekt und Herrschaftsobjekt, der Sinn aller erkenntnistheoretischen Spekulation aber das Verhältnis von Erkenntnissubjekt und Erkenntnisobjekt. Und die Weise, in der hier — im Bereiche der Erkenntnis — das Subjekt sich des Objektes bemächtigt, oder das Subjekt vom Objekt ergriffen wird, gleicht für eine tieferdringende Analyse in einem ziemlich hohen Grade dem Herrschaftsverhältnis als dem Gegenstand der Politik. Daher hier wie dort eine apriorisch begrenzte Zahl von Problemstellungen und Problemlösungen und die Unaustragbarkeit des Gegensatzes, in dem beide auftreten. Daher hier wie dort die ewige Wiederkehr, der beinahe eintönige Wechsel derselben Theoreme, der Eindruck, als ob sich der menschliche Geist, ganz anders als auf dem Gebiete der Naturforschung und Technik, in Politik und Philosophie ewig im Kreise drehen müßte.

Zwischen Politik und Philosophie besteht aber nicht nur eine äußere Parallele, sondern ein innerer Zusammenhang. Weil es ein Subjekt-Objekt-Verhältnis ist, das im Mittelpunkt der einen wie der andern steht, muß die Beschaffenheit des politisierenden und philosophierenden Subjektes, seine ursprüngliche Veranlagung von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der Anschauung sein, die dieses Subjekt über sein Verhältnis zum Objekt — der Herrschaft oder der Erkenntnis — entwickelt. Die gemeinsame Wurzel politischen Glaubens wie philosophischer Überzeugung bleibt immer die seelische Struk-

tur, der Charakter des Politikers oder Philosophen, die Wesensart seines Ich, d. h. die Art, in der dieses Ich sich selbst, im Verhältnis zum Objekt, zum Du oder Es, erlebt. Nur wenn man hier, in der Eigenart der Menschen selbst, die letzten Bestimmungsgründe für die Gestaltung ihrer politischen und philosophischen Systeme erkennt, kann man die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze, die Unmöglichkeit eines restlos gegenseitigen Verstehens, die erbitterte Leidenschaftlichkeit erklären, mit der diese Gegensätze — auch im Bereich des Geistes, schon als Meinungsverschiedenheiten und nicht erst als Machtkonflikte — aufeinanderstoßen. Eine Typologie der politischen und philosophischen Lehrmeinungen muß schließlich in einer Charakterologie münden oder sich doch mit ihr zu verbinden suchen. Weil es derselbe Mensch ist, der sich ebenso wie über das Verhältnis zu seinem Nebenmenschen und die Ordnung dieser Beziehung, so auch über sein Verhältnis zur Welt überhaupt und die Möglichkeit ihrer Erkenntnis seine Gedanken macht, dürfen wir annehmen, daß einer bestimmten Lebensanschauung, insbesondere einer bestimmten politischen Auffassung eine bestimmte, ihr entsprechende Weltanschauung zugeordnet ist. Aber gerade weil es der Mensch, »kein ausgeklügeltes Buch«, sondern »der Mensch mit seinem Widerspruch« ist, in dem sich der Wille zu praktischer Lebensgestaltung mit einem Weltbild verbindet, eben darum müssen wir darauf gefaßt sein, daß sich nicht immer und ausnahmslos ein bestimmtes politisches Ideal mit der ihm adäquaten philosophischen Grundhaltung zusammenfindet. Es wäre ein Mißverständnis zu glauben, daß, wer zu einer bestimmten philosophischen, insbesondere erkenntnistheoretischen Einstellung neigt, notwendigerweise auch die entsprechende politische Überzeugung haben müsse. Zwar läßt sich geistesgeschichtlich ein solcher Zusammenhang nachweisen; und ich werde ihn auch an einigen besonders repräsentativen Geistern aufzeigen. Aber man muß sich hüten, darüber die sehr wirksamen Kräfte

zu ignorieren, die diesen Zusammenhang wieder aufheben, die die politische nicht zu ihrer philosophischen, die philosophische nicht zu ihrer politischen Anschauung kommen lassen. Bei einem Versuch, die Beziehungen zwischen Staatsform und Weltanschauung aufzudecken, darf man vor allem nicht vergessen, daß das Wesen des Menschen im tiefsten Grunde nicht rational und daher nicht logisch ist, und daß der Wille des Menschen die Möglichkeit hat, auch dem Urteil eine Richtung zu geben, die nicht nur den ursprünglichen Neigungen, sondern auch den Postulaten der Konsequenz zuwiderläuft. Man muß die äußeren Umstände in Rechnung ziehen, die, wenn sie schon der philosophischen Spekulation keine Schranken setzen, so doch die Freiheit der politischen Meinung aufheben oder gefährden. Man muß ganz besonders die Tatsache beachten, daß politische Werturteile und insbesondere die Entscheidung zwischen Demokratie und Autokratie sehr häufig weder auf gründlicher Tatsachenforschung noch auf gewissenhafter Selbstbesinnung fundiert, sondern Produkte einer augenblicklichen Lage, ja einer vorübergehenden Stimmung sind. Auch ist eine beinahe gesetzliche Schwankung nicht zu unterschätzen, die sich aus der Tatsache ergibt, daß jedes politische Regime unvermeidlich eine Opposition mit sich bringt. Daß die Unzufriedenen in einer Demokratie für die Autokratie, in einer Autokratie für die Demokratie sein werden, versteht sich von selbst. Aber es sind mitunter dieselben Unzufriedenen — und vielleicht auch mit Recht Unzufriedenen —, die immer gegen die jeweils realisierte, für die jeweils noch nicht oder nicht mehr realisierte politische Idee sind. Viele, die heute aus tiefster Überzeugung in der Demokratie die Ursache aller Übel sehen und daher nach der Diktatur rufen, sie wären wahrscheinlich in einem Polizeistaat liberale Demokraten und hätten 1848 auf den Barrikaden für die schwarzrotgoldene deutsche Republik gekämpft; und werden wahrscheinlich 1948 wieder auf derselben Seite der Barrikade stehen. Doch das sind nur